

Bern, 8. Februar 2024

DATENSCHUTZERKLÄRUNG

Information über die Erhebung und Bearbeitung von Personendaten

A. Einleitung

Mit dieser Datenschutzerklärung werden im Sinne von Art. 19 und 20 des Bundesgesetzes über den Datenschutz (DSG) vom 25. September 2020 betroffene und potenziell betroffene Personen über die Erhebung und Bearbeitung von Personendaten durch **lafranchi meyer** (nachfolgend auch: die **Kanzlei**) informiert.

Es ist keine Einwilligung von Seiten betroffener und potenziell betroffener Personen, d.h. von Seiten der Auftraggeberinnen und Auftraggebern, deren Mitarbeitenden oder anderen Kontaktpersonen, von Seiten von Personen, die Anfragen stellen, oder von Seiten von Nutzerinnen und Nutzern der Website www.lafranchi-meyer.ch in die Datenschutzerklärung notwendig. Es handelt sich bei der Datenschutzerklärung lediglich um die einseitige Information über Art, Umfang und Zweck der Nutzung von Personendaten.

Die Kanzlei behält sich das Recht vor, den Inhalt der vorliegenden Datenschutzerklärung jederzeit und ohne Ankündigung einseitig zu ändern. Es wird daher empfohlen, die Datenschutzerklärung regelmässig auf der Website zu konsultieren (www.lafranchi-meyer.ch/de/datenschutz).

B. Bearbeitung von Personendaten bei Auftragsverhältnissen

Die Kanzlei bearbeitet Personendaten (Daten, die natürliche Personen direkt oder indirekt identifizieren), welche der Kanzlei im Rahmen der Auftragsbeziehung, d.h. zum Beispiel bei Aufträgen im beratenden und/oder forensischen Anwaltsbereich, bei Gutachtens- bzw. Sachverständigenaufträgen und/oder im Schiedsbereich von Auftraggeberinnen bzw. Auftraggebern, Verfahrensparteien oder beteiligten Dritten erhält oder selbst erhebt.

Einige dieser Personendaten überlassen die betroffenen Personen der Kanzlei selber, wenn diese die Kanzlei über E-Mail oder per Telefon und Briefpost kontaktieren und Dienstleistungen nachfragen. Dazu gehören z.B. Name und Kontaktdaten sowie Informationen über die Rolle der betroffenen Person beim Unternehmen oder bei der Organisation, für welche die jeweiligen Kontaktpersonen tätig sind oder in deren Namen diese die Kanzlei kontaktieren. Die Kanzlei bearbeitet zudem Personendaten, welche die Kanzlei in der Korrespondenz mit Dritten (namentlich Auftraggeberinnen und Auftraggeber, Gegenparteien, Verfahrensparteien, Behörden und Gerichte und deren Mitarbeitenden oder weitere Kontaktpersonen) im Rahmen des Auftragsverhältnisses erhält (z.B. Name, Kontaktdaten, Geburtsdatum, Angaben zum Arbeitsverhältnis, zur Einkommenssituation, zu Familienverhältnissen, zum Gesundheitszustand, zu laufenden Straf-, Zivil- und Verwaltungsverfahren). Zudem erhebt die Kanzlei einige Personendaten selber, z.B. aus öffentlichen Registern oder auf Websites.

Die erwähnten Arten von Personendaten bearbeitet die Kanzlei primär, um Rechtsdienstleistungen (z.B. rechtliche Beratungen, Rechtsgutachten, Rechtsschriften, Schiedsverfahren, Korrespondenzen) zu erbringen, zu dokumentieren und abzurechnen.

Zudem kann die Kanzlei die Kontaktdaten von Auftraggeberinnen und Auftraggebern sowie von deren Mitarbeitenden oder anderen Kontaktpersonen für Marketingzwecke (unter Einsatz jeglicher Kommunikationsmittel wie E-Mail, soziale Medien, Post oder Telefon) nutzen, um über Veröffentlichungen, Veranstaltungen, Neuigkeiten, Dienstleistungen oder Produkte, die von Interesse sein könnten, zu informieren. Sie können der Zustellung von Marketinginformationen jederzeit widersprechen, die Kanzlei setzt Sie dann auf eine Sperrliste.

Zur Erreichung der in dieser Datenschutzerklärung beschriebenen Zwecke kann es notwendig sein, dass die Kanzlei die Personendaten an folgende Kategorien von Empfängern weitergibt: Externe Dienstleister, Auftraggeberinnen und Auftraggeber, Gegenparteien und ihre Rechtsvertretungen, Verfahrensparteien, Geschäftspartner, mit denen die Rechtsdienstleistungserbringung allenfalls koordiniert werden muss (inkl. Rechtsschutzversicherungen), Sachverständige sowie Behörden und Gerichte. Welche Personendaten die Kanzlei im Rahmen anwaltlicher Dienstleistungen den involvierten Behörden und Gerichten preisgibt, liegt nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung im Ermessen des handelnden Anwalts.

Die Personendaten bearbeiten wir in unserem Verantwortungsbereich in der Schweiz. Wir können die Personendaten aber an Empfängerinnen (namentlich Auftraggeberinnen und Auftraggeber, Gegenparteien oder Behörden) übermitteln, die ihrerseits die Personendaten in anderen Ländern bearbeiten, einschliesslich solcher, die kein mit Schweizer Recht vergleichbares Datenschutzniveau gewährleisten.

Wir weisen darauf hin, dass wir im Rahmen der Mandatsführung auf externe IT-Dienstleister und Cloud-Provider mit Servern in der Schweiz zurückgreifen. Die Personendaten werden überwiegend auf einer Cloud-Lösung bearbeitet, welche im Auftrag der Kanzlei durch die KITE AG, Zürich, auf Servern mit Standorten in der Schweiz betrieben wird. Wir setzen sodann bestimmte IT-Dienstleistungen sowie Kommunikationsmittel ein, welche mit Datensicherheitsrisiken verbunden sein können (z.B. E-Mail, Videokonferenzen; siehe auch unten Ziff. D). Es obliegt Ihnen, uns gegebenenfalls über den Wunsch nach besonderen Sicherheitsmassnahmen zu orientieren.

Die Kanzlei hat im Rahmen der Erfüllung des Auftrags der Auftraggeberinnen und Auftraggeber ein überwiegendes privates Interesse an der Bearbeitung von Personendaten, welches diese Bearbeitung rechtfertigt (Art. 31 Abs. 2 Bst. a DSGVO).

Die Kanzlei bewahrt die Personendaten nur so lange auf (speichern, archivieren), wie dies zur Abwicklung des Auftragsverhältnisses notwendig ist, eine gesetzliche Aufbewahrungs- und Dokumentationspflicht besteht oder die Kanzlei daran ein überwiegendes privates oder öffentliches Interesse hat (beispielsweise zur Abwehr von Haftungsansprüchen bis zur absoluten Verjährung).

Massgeblich für die Dauer der Aufbewahrung der Personendaten sind u.a. folgende gesetzlichen Vorschriften:

- Gemäss Art. 11 des Kantonalen Anwaltsgesetzes (KAG) des Kantons Bern sind anwaltliche Akten (Mandatsdossiers) zehn Jahre lang aufzubewahren.
- Gemäss Art. 958 f. OR sind die Geschäftsbücher und die Buchungsbelege (z.B. Rechnungen an Auftraggeberinnen und Auftraggeber) während zehn Jahren aufzubewahren.
- Gemäss Art. 127 OR verjähren Forderungen aus Verletzung vertraglicher Pflichten (z.B. Gutachteraufträgen und anwaltliche Mandate) nach zehn Jahren.

Wenn Auftraggeberinnen bzw. Auftraggeber der Kanzlei über eine dritte Partei (z.B. über Ihre Mitarbeitenden oder anderen Kontaktpersonen) Personendaten liefern, ist es an der Auftraggeberin bzw. dem Auftraggeber, diese in allgemeiner Weise über die Bearbeitung durch Rechtsdienstleister (wie die Kanzlei) oder andere externe Dienstleister zu informieren (z.B. in einer Datenschutzerklärung für Mitarbeitende).

C. Bearbeitung von Personendaten bei Anfragen

Bei Anfragen an die Kanzlei allgemeiner Art oder bezüglich der Ausführung von Aufträgen oder der Übernahme von anwaltlichen Mandaten finden auf die Bearbeitung von Personendaten die Grundsätze der Bearbeitung von Personendaten bei Auftragsverhältnissen (vgl. oben Ziff. B) Anwendung, auch wenn kein Auftragsverhältnis zustande kommt.

D. Korrespondenz per E-Mail

E-Mail ist kein sicheres Kommunikationsmittel. Bei Korrespondenz über E-Mail kann namentlich der Schutz besonders schützenswerter Personendaten nicht gewährleistet werden. Wer mit der Kanzlei per E-Mail kommuniziert, tut dies auf eigene Verantwortung.

Die Kanzlei geht davon aus, dass Personen, die per E-Mail mit der Kanzlei kommunizieren, mit dieser Kommunikationsart einverstanden sind und damit in die Verwendung von E-Mails durch die Kanzlei einwilligen.

E. Website, Apps und weitere technische Anwendungen

Die Kanzlei als Betreiberin der Website www.lafranchi-meyer.ch lehnt jede Verantwortung dafür ab, dass die mit ihrer Website verlinkten Websites von Dritten datenschutzkonform sind. Die Nutzung von externen Links ab der Website erfolgt auf eigene Verantwortung.

Die Kanzlei kann beim Betrieb der Website, von Apps und weiteren Anwendungen von deren Nutzern Daten erhalten (inkl. Cookies oder Google Analytics).

Namentlich kann die Kanzlei auf der Website Cookies und vergleichbare Techniken einsetzen, mit denen Ihr Browser oder Ihr Gerät identifiziert werden kann. Ein Cookie ist eine kleine Datei, die an Ihren Computer gesendet bzw. vom verwendeten Webbrowser automatisch auf Ihrem Computer oder mobilen Gerät gespeichert wird, wenn Sie unsere Website besuchen. Neben Cookies, die lediglich während einer Sitzung benutzt und nach Ihrem Website-Besuch gelöscht werden ("Session Cookies"), können Cookies auch benutzt werden, um Nutzereinstellungen und andere Informationen über eine bestimmte Zeit (z.B. zwei Jahre) zu speichern ("permanente Cookies"). Sie können Ihren Browser jedoch so einstellen, dass er Cookies zurückweist, nur für eine Sitzung speichert oder sonst vorzeitig löscht. Die meisten Browser sind so voreingestellt, dass Sie Cookies akzeptieren. Permanente Cookies können genutzt werden, um besser zu verstehen, wie Angebote und Inhalte genutzt werden.

Ebenfalls können auf der Website der Kanzlei andere Technologien wie z.B. Google Analytics eingesetzt werden. Dabei handelt es sich um Dienstleistungen von Dritten, mit welcher die Nutzung der Website (nicht personenbezogen) gemessen und ausgewertet werden kann. Hierzu werden ebenfalls permanente Cookies benutzt, welche die Dienstleister setzen. Die Dienstleister erhalten von der Kanzlei keine Personendaten (und bewahren auch keine IP-Adressen auf), können jedoch Ihre Nutzung der Website verfolgen, diese Angaben kombinieren mit Daten von anderen Websites, die Sie besucht haben und die ebenfalls von Dienstleister verfolgt werden, und diese Erkenntnisse für eigene Zwecke (z.B. Steuerung von Werbung) verwenden. Google Analytics vermittelt Informationen über die Anzahl Besucher der Website, von wo sich die Besucher einloggen und wie lange sie auf der Website verweilen. Sofern Sie sich beim Dienstleister selbst registriert haben, kennt der Dienstleister Sie auch. Die Bearbeitung Ihrer Personendaten durch den Dienstleister erfolgt dann in Verantwortung des Dienstleisters nach dessen Datenschutzbestimmungen. Uns teilt der Dienstleister lediglich mit, wie unsere jeweilige Homepage genutzt wird (keine Angaben über Sie persönlich).

Um die Website korrekt und einheitlich darstellen zu können sowie um Ladezeiten zu verbessern, kann die Kanzlei auf der Website zudem Adobe Fonts, ein Webschriftarten-Hosting-Dienst, einsetzen. Dienstanbieter ist das amerikanische Unternehmen Adobe Inc. Adobe verarbeitet auf diese Weise gewonnen Daten (möglicherweise z.B. IP-Adressen) unter anderem auch in den USA. Wir weisen darauf hin, dass nach Meinung des Europäischen Gerichtshofs derzeit kein angemessenes Schutzniveau für den Datentransfer in die USA besteht. Mehr Informationen zu den durch Adobe verarbeiteten finden Sie unter www.adobe.com/ch_de/privacy/eudatatransfers.html.

F. Rechte von betroffenen Personen

Betroffene Personen haben insbesondere das Recht auf Auskunft der über sie bearbeiteten Personendaten und den Zweck der Datenbearbeitung (Art. 25 DSGVO), das Recht auf Berichtigung sowie auf Löschung oder Einschränkung der Bearbeitung ihrer Personendaten (Art. 32 DSGVO), das Recht, der Bearbeitung zu widersprechen, sowie auf Herausgabe bzw. Übertragung der von ihr eingelieferten Personendaten (Art. 28 und 29 DSGVO). Zu beachten ist, dass für diese Rechte Voraussetzungen und Ausnahmen gelten. Soweit rechtlich zulässig oder erforderlich, kann die Kanzlei Anfragen zur Ausübung dieser Rechte ablehnen. Zudem müssen Personendaten allenfalls trotz Aufforderung zur Löschung oder Einschränkung der Bearbeitung aus rechtlichen Gründen weiter aufbewahrt oder bearbeitet werden.

Beachten Sie, dass die Ausübung dieser Rechte im Konflikt zu vertraglichen Abmachungen mit der Kanzlei stehen und eine vereinbarungsgemässe und sorgfältige Auftragserledigung verunmöglichen kann, woraus Folgen wie z.B. die vorzeitige Vertragsauflösung durch die Kanzlei resultieren können.

Die Ausübung solcher Rechte setzt in der Regel voraus, dass Sie Ihre Identität eindeutig nachweisen (z.B. durch eine Ausweiskopie, wo Ihre Identität sonst nicht klar ist bzw. verifiziert werden kann).

Bei Gesuchen betreffend die Wahrnehmung von Rechten durch die betroffene Person finden auf die Bearbeitung von Personendaten die Grundsätze der Bearbeitung von Personendaten bei Auftragsverhältnissen (vgl. oben Ziff. B) Anwendung.

Jede betroffene Person hat überdies das Recht, ihre Ansprüche gerichtlich durchzusetzen oder bei der zuständigen Datenschutzbehörde eine Beschwerde einzureichen. Die zuständige Datenschutzbehörde der Schweiz ist der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte (www.edoeb.admin.ch).

G. Ansprechstelle für Datenschutzfragen

Betroffene Personen können in Datenschutzfragen schriftlich über folgende Adressen Kontakt aufnehmen (telefonische Anfragen in Sachen Datenschutz werden nicht bearbeitet):

lafranchi meyer
Steinerstrasse 34
Postfach
3000 Bern 16
kontakt@lafranchi-meyer.ch